



1. Reihe von links: Kornelia Wehlan (Landrätin), Maritta Böttcher, Jürgen Akuloff, Annekathrin Loy, Heike Kühne, Kirsten Gurske (1. Beigeordnete), 2. Reihe von rechts: Peter Dunkel, Dirk Hohlfeld, Dr. Irene Pacholik, Mandy Werner, Roland Scharp, Jörg-Martin Bächmann, Felix Thier. Auf dem Foto fehlt Hartmut Rex.

PERSONALENTWICKLUNG IM HAUSHALTSJAHR 2019 oder: Die Krux zwischen Sparen gemäß Haushaltslage oder Aufstocken laut Aufgabenanforderungen durch die Bürgerschaft

Die Vorbereitungen für den Finanzhaushalt des nächsten Jahres sorgen schon jetzt für lebhafte Diskussionen in den Fachausschüssen des Kreistages. Kontrovers wird besonders zur Stellenplanung debattiert. Das nicht ohne Grund, betragen doch die Personalaufwendungen etwa 20 Prozent des gesamten Etats.

Die Personalkosten werden etwa 60 Millionen Euro im Entwurf des Haushaltes für das kommende Jahr ausmachen. Mit dem geplanten Volumen von 881 Stellen wird die Kreisverwaltung die erforderlichen Aufgaben zur Kreisentwicklung sowie als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen. Für unsere Fraktion sind Fachkompetenz, Bearbeitungszeiten und

Bürgernähe wichtige Kriterien für die Stellenanzahl in den Ämtern.

Im Kern geht es um die Frage mit welchem Personalaufwand die wachsenden Aufgaben erfüllt werden können. Die Finanzsituation ist angespannt, eine erneute Haushaltskonsolidierung muss verhindert werden, die Kreisumlage soll gesenkt werden, die gesetzlichen Aufgaben wachsen, die Fallzahlen steigen, die Gehalts- und Besoldungskosten erhöhen sich und der demografische Wandel findet statt. Alle Entscheidungen müssen diese Komplexität berücksichtigen.

Des Weiteren ist im Personalentwicklungskonzept eine Stellenreduzierung von 53 Vollzeitstellen (VZE) bis 2024 festgeschrieben.

Bereits für 2019 liegen aus den Fachämtern zusätzliche Bedarfsmeldungen von 40 VZE vor. Der geprüfte unabwiesbare Mehrbedarf beträgt jetzt 35 Stellen. Die Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde hat mit sieben Stellen den höchsten Zuwachs aller elf Ämter mit Bedarfsmeldungen. Die Gesamtzahl von 35 Stellen »kosten« jährlich 1,9 Millionen Euro.

Nach aktueller Prognose werden bis 2027 altersbedingt 244 Beschäftigte den Dienst beenden. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten beträgt gegenwärtig 47,2 Jahre. Das sind einige Fakten für die Lagebeurteilung. Diese fällt wie eingangs erwähnt unterschiedlich aus. Negativentwicklungen werden auf eine un-

zureichende Personalausstattung zurückgeführt und andererseits als belastender Kostenfaktor betrachtet. Personaldebatten im Bund und auch in Brandenburg belegen sehr deutlich, dass die transparente Abwägung aller Auswirkungen vor den Entscheidungen wichtig ist. Die Kreisverwaltung hat bereits zum dritten Mal eine Informationsvorlage zur Aufstellung des Stellenplanes vorgelegt. Wie in den Vorjahren haben die Fraktionen eine umfassende Entscheidungsgrundlage im Vorfeld der Beschlussfassung für den Kreistag im Dezember erhalten.

Jürgen Akuloff,
Luckenwalde,
Fraktionsvorsitzender

DIE KRISE IN GRIECHENLAND – WIRKLICH VORBEI?

Laut der medialen Berichterstattung der letzten Wochen ist die Krise in Griechenland beendet. Die Hilfspakete bzw. Geldtransfers sind eingestellt, das Land ist an die Kapitalmärkte zurückgekehrt.

Gordana Mountrakis wurde in Kroatien geboren, hat viele Jahre in Deutschland in einer Firma gearbeitet und ist der Liebe wegen – sie ist mit einem Kreter verheiratet – nach Griechenland gezogen. Ihr Mann, Themis, ist Vize-Bürgermeister in ihrem Wohnort Hersonissos auf der Insel Kreta, die Familie hat ein kleines Hotel und einen Laden, »Back to Nature«, in dem lokale und nachhaltig erzeugte Produkte von Klein- und mittelständischen Unternehmern der Region bzw. der Insel vertrieben werden: Weine, Olivenöl, Kräutermischungen, Webwaren ... Die Söhne haben u. a. Mathematik studiert, finden jedoch nach wie vor in Griechenland keine feste Anstellung und helfen in den Sommermonaten im Hotel aus.

Felix Thier verbrachte seinen Urlaub in ihrem Hotel »Thalia« und nutzte die Chance, um mit einer griechischen Unternehmerin über die besagte Krise zu sprechen.

Wir geben hier im Interview den Originalton wieder, Anpassungen an die deutsche Ausdrucksweise erfolgten nicht.



Gordana Mountrakis und Felix Thier

Liebe Gordana, Griechenland wurden von der sogenannten Troika, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds und der EU-Kommission, herbe wirtschaftliche und soziale Einschnitte verordnet. Was hat das für Dich persönlich bedeutet? Wie hat sich all das auf Euer Familienunternehmen ausgewirkt?

Das kann nicht sein, wie ist das passiert, wann ist es passiert ... Wo war ich? Ich bin hier gewesen und konnte alles beobachten, erleben. Die Griechen waren immer sehr fleißig und Kredite haben sie selten genommen. Tradition war, dass Eltern ihre Kinder absicherten, so taten es auch ihre eigenen Eltern. Von Generation zu Generation übergab man das Familieneigentum an die Jüngeren und man war neben ihnen, um ihnen zu helfen, das Gleiche für ihre Kinder zu tun! Nun der Schock – wir sind verschuldet – man wird uns helfen!? Unglauben und doch alles entwickelte sich so schnell, dass man kaum verstehen konnte, was geschah.

Aber wir waren alle betroffen, man saß im gleichen Boot und man kam noch näher zusammen um zu sehen, wie wir das bewältigen!

Alles wurde auf Eis gestellt! Alles! Das gesparte Geld auf den Banken, Reserve für die Zukunft oder für das Studium der Kinder oder den Hausbau – was tun? Panik, keiner konnte glauben, dass die Banken schließen, dass man nicht an sein Geld konnte. Sein eigenes Geld, sauber verdientes Geld! Viele besser Informierte nahmen das Geld und brachten es ins Ausland (Deutschland, Schweiz, Lichtenstein), die normalen Bürger konnten nur 60 Euro täglich am Automaten abheben!

Die Touristen blieben aus ... die Hetzjagd gegen die Griechen und Griechenland begann! Man konnte Dinge lesen, wo man seinen Augen nicht trauen wollte - viele Beleidigungen, Schläge unter die Gürtellinie, Rufmord, und das an einer ganzen Nation! Die Scham war groß, die Angst breitete sich aus - dann kam die Wut.

Alle schauten zu uns mit erhobenem Finger und richteten die Griechen. Der Grieche machte weiter, was er

immer gemacht hat, und rückte noch näher zusammen. Das hat ihn gerettet und ihm nicht den Verstand genommen.

Die neuen Steuern kamen. Man leerte alle Kassen, denn wenn nicht, kam Schlimmeres!

Unglaublich aber wahr: Viele Waren gab es nicht mehr, denn es waren Importprodukte, man gab den Griechen nichts mehr. Jahrelange Kooperationspartner schickten nur noch Ware, wenn das Geld überwiesen war - das ging aber nicht. Es gab Fälle, dass man Geld zusammen gelegt hatte und im Handgepäck mit dem Flieger selbst nach Deutschland, Holland oder Frankreich geflogen kam, um seine Ware zu zahlen, um sie dann später geliefert zu bekommen. Unglaublich? Nein, wahre Geschichten.

Die Hotels, Restaurants usw. mussten ja bestimmte Sachen haben, also ging es uns alle an. Häuser, Betriebe, Grundstücke, Autos, Motorräder wurden unter Wert verkauft, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Zinsen für schon laufende Kredite verdoppelten sich. Kinder konnten nicht studieren - man konnte nicht genügend Personal nehmen - Sparflamme überall. Arbeitszeiten täglich im Hotel/Shop von 15-18 Stunden - bis heute! Verpflichtungen wachsen und wachsen - immer weniger bleibt.

In Deutschland liest und hört man fast ausschließlich, dass Griechenland selbst für die Krise verantwortlich ist. Eine zu hohe Staatsquote, geschönte Finanzstatistiken und Bilanzen, Korruption auf vielen Ebenen. Aber versuchen wir einmal die andere Seite zu beleuchten. Was glaubst Du, waren die eigentlichen Ursachen für den Finanzkollaps?

Es wissen nicht viele oder ist es doch ein offenes Geheimnis? Rie-

sige Vorkommen von Erdöl und Gas unter Kreta, Rhodos, Korfu, Zypern, ... Muss ich noch was dazu sagen? Goldgruben im Norden des Landes, Flughäfen, Windenergieanlagen usw. Aber alles in staatlicher Hand, im Eigentum der Griechen. Und heute? Alles weg, privatisiert, in fremden Händen.

Man darf heute immer noch nicht die Erdschätze fördern, es wird den Griechen untersagt - warum? Wenn wir Geld schulden, so könnten wir es doch tun - oder nicht!? Und die strategische Lage des Landes ist schon immer wichtig gewesen. Sprungbrett in den mittleren Osten, Asien, Afrika - nicht umsonst hat die NATO viele Stützpunkte in Griechenland!

Wenn man hier zu Gast ist, spürt man keine Wut oder gar Hass auf die sparsamen und bevormundenden Deutschen. Fast denkt man, ihr trotz der Krise mit eurer Lebensfreude. Was hat den Griechinnen und Griechen geholfen, nicht zu verzweifeln, durch diese harte Zeit zu gehen und siehst Du die harte Zeit überhaupt als beendet an?

Die einzige Art und Weise das alles zu überleben, ist eine Familie und Freunde zu haben. Alle saßen im gleichen Boot, alle waren betroffen, man rückte noch näher zusammen.

Viele verkauften ihre Häuser und zogen mit den Eltern zusammen, verkauften das Auto usw.! Hauptsache, man war gesund und zusammen. Das war aber nicht bei Allen der Fall: viele Selbstmorde, was in einem so glücklichen Land wie Griechenland vorher eine Rarität war! Man konnte nicht mit der Schande leben, alles zu verlieren. Jahrelange Arbeit, Familienbetriebe, Investitionen ... Banken mussten ihr Geld haben.

Oft hat man in den letzten Jahren nicht danach gefragt, was die Griechinnen und Griechen wollen. Was würdest Du dir für die Zukunft wünschen, für Euer Unternehmen, für Deine Kinder, für Dich?

Endlich aufatmen, sich weiterentwickeln, planen können ... Seiner Arbeit Früchte empfangen können. Wir persönlich machen weiter, denn es gibt nur ein nach vorne, unsere Kinder sollen ein gesundes Unternehmen übernehmen und ihre Familien ernähren können. Die großen Summen von Geld, die hier investiert wurden, um das Unternehmen zu retten, müssen sich rentieren.

Das was wir tun, ist nicht nur eine Arbeit – es geht um Menschen, die uns mit ihrem Besuch ehren, und wir tun unser Bestes, damit sie eine gute Zeit haben.

Mensch sein und Mensch bleiben – jeder normale Mensch, denke ich

mir, möchte arbeiten, etwas schaffen, seinen Verpflichtungen nachgehen und seine Rechte haben. Der Grieche ist ein recht normaler Weltbürger, sehr gastfreundlich, offen, mit Humor und Menschenliebe. Dieses Volk hat eine große Geschichte, die Gene gehen nicht verloren, aber diese ganzen Turbulenzen sind nicht nur hier bei den Griechen, sondern leider auch in vielen anderen Ländern der EU! Es gibt noch so viel dazu zu sagen ... Aber ich werde sehr emotional, es ist spät und ich muss nun nach Hause. Mein Tag heute hatte 17 Stunden.

Aber ich bin sehr dankbar: es gibt leider viel Schlimmeres und ich wünsche von Herzen allen Menschen gute Weggenossen!

Liebe Gordana, ich danke für das Gespräch und deine so offenen Worte. Ich wünsche dir und deiner Familie alles Gute, Glück und Gesundheit!



Der Glashütte-Findling vor der Kreisverwaltung ist (vorerst) komplett: **Landrätin Kornelia Wehlan** sorgte am 8. Oktober für den sicheren Halt des Namensschildes unseres polnischen Partnerlandkreises Gniezno.

LAG KOMMUNALPOLITIK

BRANDENBURGER POLITIKLANDSCHAFT IST REICHER GEWORDEN

Sprecher*innenrat:

Tobias Bank (HVL), Marco Beckendorf (PM), Maritta Böttcher (TF), Enrico Geißler (OHV), Sven Kindervater (MOL), Margitta Mächtigt (BAR), Stefanie Rose (OHV), Sandra Schröpfer (HVL), Claudia Sprengel (Brandenburg/Havel), Fritz Viertel (LOS)

Die LAG Kommunalpolitik Brandenburg ist ein landesweiter Zusammenschluss von Mitgliedern und Sympathisant*innen der Partei DIE LINKE. Brandenburg. Am 18. August 2018 wurde die LAG im Lothar-Bisky-Haus in Potsdam gegründet. Hintergrund war, dass es im Land Brandenburg keine LAG Kommunalpolitik gab, die sich mit dem »Herzstück der Partei« (Lothar Bisky) beschäftigt.

Genoss*innen und Sympathisant*innen sind herzlich willkommen, mitzuarbeiten. Nur eine starke, breit aufgestellte Gemeinschaft ist in der Lage, die unterschiedlichsten Standpunkte, Meinungen und Ansätze zu vereinen und neue Strategien zu entwickeln.

Die Kommunen sind der Ort, an dem wir leben und arbeiten, und deshalb der Ort, an dem wir die Bedingungen für unser Leben und unsere Arbeit mitgestalten wollen. Dafür brauchen wir starke Kom-

munen, in denen die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Interessen artikulieren und solidarisch umsetzen und in denen öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden können.

Die vielen ehren- und hauptamtlichen kommunalen Mandats- und Amtsträgerinnen und -träger der Partei DIE LINKE stehen täglich vor der Herausforderung, linke Politik in die kommunale Praxis umzusetzen. Dabei wird ihnen viel abverlangt: In Zeiten von Hartz IV und angesichts gähnender Leere in den kommunalen Kassen suchen sie zwischen Vision und Pragmatismus den besten Weg, um die Interessen ihrer Kommunen und die berechtigten Ansprüche ihrer Wählerinnen und Wähler einzulösen.

Die Partei DIE LINKE bewegt sich in Sachen Kommunalpolitik in einem strategischen Quadrat aus den Themen Demokratie, Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Damit möchte LINKE Kommunalpolitik positiv auf die Lebensbedingungen vor Ort Einfluss nehmen und sich dabei mit den Interessen der verschiedenen sozialen und politischen Gruppen sowie der Einwohnerinnen und Einwohner



Vorn v.l.n.r.: Claudia Sprengel, Maritta Böttcher, Margitta Mächtigt; Hinten v.r.n.l.: Fritz Viertel, Marco Beckendorf, Tobias Bank, Sandra Schröpfer, Sven Kindervater; Nicht auf dem Bild: Stefanie Rose (Einschulung), Enrico Geißler (Hochzeit)

in den Kommunen vor Ort auseinandersetzen.

Die LAG Kommunalpolitik beschäftigt sich mit Themen der Kommunalpolitik. Wir wollen gemeinsam neue Strategien erarbeiten und die Landespolitik dementsprechend verändern. Basisdemokratisch wollen wir daran arbeiten, die Politik nachhaltig und zukunftsorientiert zu ändern. Ich würde mich sehr freuen, wenn

sich aus unserem Kreisverband viele für die LAG interessieren und ihr beitreten. Es kostet nichts, ist aber ein großer Gewinn!

Maritta Böttcher, Jüterbog

Mehr Informationen unter:
www.dielinke-brandenburg.de/partei/strukturen/lag_und_ig_plattformen/lag_kommunalpolitik

WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND STEIGENDE SOZIALLEISTUNGEN – EIN WIDERSPRUCH?

Gegenwärtig lesen wir in den Printmedien und hören in Funk und Fernsehen eine Erfolgsgeschichte nach der anderen. Schon lange ging es unserer Wirtschaft nicht mehr so gut wie in der jetzigen Zeit. Die Agentur für Arbeit spricht im Bereich Zossen von einer Arbeitslosenquote von 3,4 Prozent und versteift sich dabei in die Aussage in diesem Bereich würde wir an der Vollbeschäftigung kratzen.

Die Steuerreinnahmen sprudeln und man sollte eigentlich meinen, dass in diesem Zusammenhang die Sozialausgaben der Kreises sinken müssten. Dem ist aber nicht so. Schauen wir uns doch einmal den Bereich des Sozialamtes etwas genauer an.

In diesem Bereich werden verwaltet: Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung nach SGB II, Grundsicherung SGB XII,

Grundsicherung Asylbewerberleistungsgesetz, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfen und sonstige Leistungen.

Schon allein die Begriffe Grundsicherung und Beihilfen bringen zum Ausdruck, dass es sich hier um eine Grundversorgung mit dem zum Leben notwendigen Mitteln handelt. Insgesamt sind dafür in 2019 rund 90 Millionen Euro an Aufwendungen und rund 70 Millionen an Erträgen geplant.

Sehen wir die Eingliederungshilfe nach SGB XII an. In diesem Bereich werden ca. 36 Prozent der Aufwendungen ausgegeben. Eingliederungshilfe (Hilfe zur Pflege) wird behinderten Menschen gewährt, die körperlich, geistig oder seelisch behindert und dadurch wesentlich in ihrer Fähigkeit beeinträchtigt sind, am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben.

Leistungen für diese Menschen sind ambulante Eingliederungshilfen, Gewährung in teilstationären bzw. vollstationären Einrichtungen nach dem SGB XII. Kostensteigerungen entstehen hier hauptsächlich durch Neuverhandlungen der Kostensätze. Und dahinter verbergen sich steigende Tariflöhne und Sachkosten der Leistungsanbieter. So stieg der Kostensatz bei den Wünsdorfer Werkstätten gGmbH von 2011 bis 2016 um 23,74 Prozent und bei den Elsterwerkstätten gGmbH von 2015 zu 2017 um 17,4 Prozent.

Auch in der Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft (ambulant) wurden z. B. zum 31. Mai 2018 700 laufende Fälle bearbeitet. Auch hier werden neue Kostensätze verhandelt.

Diese Steigerungen ziehen sich wie ein roter Faden durch den gesamten Bereich.

Was für den Einen gut ist muss für Andere nicht gut sein. So wurden im Jahr 2016 viele Hilfeempfänger vom Jobcenter in die Rente mit 63 geschickt, welche eine sehr geringe oder gar keine Rente erhielten. Sehr kostenintensiv sind auch die Fälle von Kindern in Verwandtschaftspflege.

Dieser kleine Ausschnitt eines Amtes zeigt, wie vielfältig und auch sehr emotional in den einzelnen Bereichen gearbeitet wird. Es ist gut, dass wir auf Grund der guten Wirtschaftskraft auch mehr Gelder in diesen Bereich geben können, um das Leben dieser Bürgerinnen und Bürger bei uns in Teltow-Fläming lebenswerter zu gestalten.

Dirk Hohlfeld, Am Mellensee, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses

AUS DEM SEPTEMBER-KREISTAG

ANTRAG ZUR VERBESSERUNG DES REGIONALVERKEHRS RE 5 FÜR DIE MENSCHEN IM SÜDOSTEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING



Der Antrag der CDU-Fraktion und unserer Fraktion signalisiert Unterstützung für das Anliegen der Bürgermeister von Dahmetal und Dahme/Mark sowie der Verwaltungsspitze des Amtes Dahme/Mark und der Bürgerinnen und Bürger der Initiative »Bessere Infrastruktur für Dahme und Umgebung«, den Regionalverkehr auf der Dresdner

Bahn substantiell zu verbessern. Darunter zählt ein Stundentakt der RE5-Züge sowie eine Verkürzung der Reisezeiten, speziell nach Berlin. Die Landesregierung wird aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Dem Antrag folgte der Kreistag mit drei Enthaltungen einstimmig. Unser Fraktionsmitglied Maritta

Böttcher hat sich zusammen mit Frank Donath, einem unserer Genossen in Dahme/Mark, mit den Initiatorinnen und Initiatoren der Bürgerinitiative getroffen und unsere Unterstützung zugesagt. Man bereitet nun zum Thema Stärkung der ländlichen Räume für November eine Bürgerversammlung vor, zu der Verantwortliche der Landes-

und Kreisebene eingeladen werden. Die Fraktion der LINKEN in Dahme/Mark hat sich bereits im August mit der Thematik konkret befasst. Dabei muss es um mehr gehen, nämlich Infrastruktur, Ärztinnen und Ärzte und sonstige gesundheitliche Versorgung etc.

Jürgen Akuloff, Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 1.10.2018
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 2.000
Oktober 2018, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.